

Wahlkampf in der Emmy-Aula: Die Direktkandidaten stellen sich unseren Fragen



So vorbildlich aufgeräumt wie am 13. Februar 2025 hatte man die Aula schon lange nicht mehr gesehen... Seit dem frühen Morgen liefen hier nämlich schon die Vorbereitungen für die Podiumsdiskussion zur anstehenden Bundestagswahl. Die AG „Politik ‘mal anders“ (AG PMA) hatte freilich bereits im Herbst mit der organisatorischen und inhaltlichen Erarbeitung begonnen, indem sie z.B. die Direktkandidaten aus Treptow-Köpenick eingeladen hatte und in der gesamten Oberstufe des Emmy Fragen für die Moderation sammelte. Als die ersten Politiker dann vor dem Schuleingang empfangen und bis in den Keller zur Aula geführt wurden, spürte man langsam die wachsende Aufregung – v.a. unter den Moderatoren aus der PMA-AG. Eingeladen waren Gregor Gysi (Die Linke), der in den letzten 20 Jahren Treptow-Köpenick im Bundestag vertreten hat; Ana-Maria Trăsnea (Emmy-Absolventin und Kandidatin der SPD); Anka Esser (Bündnis 90/Die Grünen); Paulin Nusser (FDP); Dustin Hoffmann (CDU) und Michael Gleichmann (AfD). Mit ein paar auflockernden Fragen zu Beginn sollten Podiumsteilnehmende und Publikum erst einmal miteinander warm werden. Wann bekommt man schon ‘mal die Möglichkeit, einen CDU-Politiker nach seinem ersten Konzert zu fragen?

In unserem ersten Themenkomplex „Schule & Bildung“ ging es anschließend um konkrete Probleme, die unsere Schule durch die Haushaltskürzungen und Einsparungen betreffen, wie z.B. die Aula selbst, für die man dem Emmy bereits seit Jahrzehnten – bislang erfolglos – einen Ausbau verspricht. Wie Anka Esser von den Grünen plädierte auch die FDP für eine Reform der Lehrpläne, Paulin Nusser betonte hierbei zusätzlich, dass ihre Partei auf die Einführung der Fächer Informatik und Wirtschaft als fester Bestandteil des Rahmenlehrplans setze. Natürlich konnte die Schülerschaft nicht widerstehen, die Liberale auch nach ihrer Meinung zum kontrovers diskutierten Handyverbot am Emmy zu befragen. Nusser fand, Verbote zeugten immer von einer gewissen Überforderung, weshalb sie dieser Regelung kritisch gegenüberstehe.

Michael Gleichmann, angesprochen auf die in früheren AfD-Parteiprogrammen geforderte „Förderung von Heimatliebe und Traditionsbewusstsein“ an Schulen, wunderte sich, dass dieser Punkt im aktuellen Programm fehle und wünschte sich, dass nicht nur die Schattenseiten der deutschen Geschichte

thematisiert, sondern auch positive Errungenschaften und Ereignisse – wie beispielsweise die Märzrevolution 1848 – im Unterricht beleuchtet würden.

Gregor Gysi forderte zur Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit, dass die Schülerinnen und Schüler möglichst spät durch die Einteilung in die verschiedenen Schulformen der Oberschule voneinander getrennt werden sollten, da auf diese Weise das Erlangen des Abiturs nicht so stark vom Bildungshintergrund der Eltern abhängig sei, so der Politiker der Linken.



Schließlich appellierte der CDU-Politiker Dustin Hoffmann am Ende des ersten Themenblocks dafür, dass man Schule neu denken, maßgeblich in die Bildung investieren und die Lehrpläne so überarbeiten müsse, dass sie auf das moderne Leben im 21. Jahrhundert vorbereiteten, da der Rohstoff Deutschlands im Wettbewerb mit den internationalen Akteuren die Bildung sei.

Damit konnten wir zu unserem zweiten Themenkomplex, der Energie- und Wirtschaftspolitik, überleiten. Michael Gleichmann (AfD) sprach sich für einen ausgewogenen Energiemix aus, bei dem Kernkraft trotz bekannter Risiken eine wichtige Rolle spiele. Mit dem provokanten Satz „Einen Tod muss man sterben“ verwies er in der Frage nach dem Problem der radioaktiven Abfälle auf US-Forschungsansätze, die das Endlagerproblem deutlich milderten, und wies darauf hin, dass er nur in der Diversifizierung der Energiequellen eine Chance sehe. Auch für Dustin Hoffmann lag die Lösung der Energiekrise in einer technologieoffenen Politik. Zwar stehe er immer noch hinter dem 2011 beschlossenen Atomausstieg, er plädierte aber für verstärkte Forschung an der Kernfusion. Während fossile Energieträger wie Gas und Kohle als Übergangslösung dienen könnten, stellte er Wind und Wasserkraft als die Energiequellen der Zukunft dar. Kandidatin der Grünen stimmte Hoffmann zu, dass das Abschalten der Atomkraftwerke wegen ihres fortgeschrittenen Alters notwendig gewesen und ihr Wiederaufbau wegen hoher Kosten nicht wirtschaftlich sei. Sie warnte, das Publikum solle sich „nichts Blaues von der Welt erzählen lassen“: Die Energiegewinnung aus Wasserstoff sei viel zu teuer, Esser hielt Geothermie und Wärmepumpen für langfristig wirtschaftlicher.

In der Frage, warum die FDP an der Schuldenbremse festhalten wolle, war für Nusser die Feststellung wichtig, dass dies keinen „krassen Sparkurs“ zur Folge habe, sondern vielmehr ein Schutzmechanismus für zukünftige Generationen sei, wobei sie Bürokratie als Hemmnis für Fortschritt identifizierte. Auch die AfD hält ein Festhalten an der Schuldenbremse für notwendig. Auf dem Gebiet der Finanzpolitik forderte Gleichmann einen radikalen „Kassensturz“, eine Reform der für ihn zu übergriffigen EU und langfristig einen Rückzug aus dem Euro, weil dieser für die Nordländer zu schwach und die Südländer zu stark sei. Im Gegensatz dazu sprächen sich Bündnis 90/Die Grünen für ein Aussetzen der Schuldenbremse aus,

die über höhere Steuern für Superreiche finanziert werden solle. Auf diese Weise wolle man dringend benötigte Investitionen in der Infrastruktur finanzieren, so Esser.

Trotz der im Wahlprogramm der Linken geforderte Regulierung von Preisen stellte Gysi fest, dass die Marktwirtschaft in manchen Bereichen – sein Beispiel war der Bäcker um die Ecke – sinnvoll sei. Auf dem Gebiet der öffentlichen Daseinsvorsorge, bei Bildung, Kultur, Pflege und Wohnen müsse der Staat aber lenkend eingreifen.



Im letzten Themenblock der Podiumsdiskussion, der sich mit dem Thema Migration befasste, wurde zunächst der kürzlich knapp abgelehnte Entwurf des Zustrombegrenzungsgesetzes thematisiert. Die SPD-Politikerin wurde mit dem auf X/Twitter geäußerten Vorwurf konfrontiert, dass die Regierungspartei durch ihre Ablehnung des CDU-Gesetzesvorschlags gegen den Willen der Mehrheit – entsprechend der aktuellen Wahlumfragen – handle. Träsnea wies die Anschuldigung zurück, indem sie erklärte, dass dies ein von FDP und CDU verbreitetes Narrativ sei. Sie betonte, dass die Opposition – gemeint war wohl die CDU in der Großen Koalition unter Merkel – eine Mitverantwortung an der Migrationskrise trage. Ereignisse wie die Ermordung eines Kindes durch einen Migranten in Aschaffenburg würden als Vorwand genutzt, um diskriminierende Politik zu rechtfertigen. Sie beendete ihre Ausführungen mit dem Ausruf „Augen auf bei der Wahl!“ und versicherte, dass es keine Zusammenarbeit der SPD mit der AfD geben werde. Auf die Nachfrage der Moderation, warum die SPD gegen das Zustrombegrenzungsgesetz gestimmt habe, obwohl Bundeskanzler Olaf Scholz im Jahr 2023 geltend gemacht hatte, dass Abschiebungen im großen Stil notwendig seien, erklärte Träsnea, dass eine Begrenzung der Migration aufgrund der Schengen-Regelungen nicht möglich sei. Sie betonte außerdem, dass sich Scholz für eine „menschenrechtsachtende Migrationspolitik“ einsetze und die Verlängerung der Grenzkontrollen plane. Als daraufhin die Frage aufkam, ob die CDU die AfD mit einer restriktiven Migrationspolitik „von rechts überholen“ wolle, antwortete Dustin Hoffmann, dass es seiner Partei vor allem darum gehe, die Integrationsleistungen zu erhöhen, um Migranten und Geflüchtete besser in die Gesellschaft einzubinden. Der CDU-Politiker erläuterte auf Nachfrage auch den Begriff der „Leitkultur“, der im Wahlprogramm der CDU auftaucht und stellte klar, dass das Erlangen der Staatsbürgerschaft am Ende des Integrationsprozesses stehe. Dazu gehöre unter anderem, die deutsche Sprache zu erlernen, sich gesellschaftlich zu engagieren und das Grundgesetz zu verstehen sowie dessen Werte zu akzeptieren. „Leitkultur“, so Hoffmann, schließe niemanden aus, sondern schaffe gemeinsame Grundlagen des Zusammenlebens.

Zum Abschluss der Podiumsdiskussion sprachen sich fast alle Kandidaten für eine Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre aus, weil junge Menschen am stärksten von politischen Entscheidungen betroffen seien und daher mehr Mitspracherecht haben sollten.

Mit kurzen Appellen an das Publikum, um die Bedeutung der politischen Teilhabe zu betonen, endete die Veranstaltung. Die Direktkandidaten wandten sich mit eindringlichen Botschaften an die Zuhörer, wie: „Nutzt eure Stimme, sonst machen es andere.“; „Jede Stimme ist wichtig und entscheidet darüber, wohin Deutschland steuert.“; „Die Demokratie lebt davon, dass sich alle einbringen.“ Mit diesen Worten endete eine lebendige und kontroverse Debatte, die den Zuhörern wichtige Einblicke in die Positionen der Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2025 gab.

AG Politik mal anders